



Bewerbung geht voran

Europäische Kulturhauptstadt 2025

Die Stadt Kassel soll an der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 weiter arbeiten. Dafür gab es in der Stadtverordnetenversammlung eine große Mehrheit. In den kommenden zwei Jahren will die Stadt intensiv ausloten, ob sie sich Ende 2018 tatsächlich erneut bewirbt. Der Magistrat soll halbjährlich über den Stand der Planung Bericht erstatten.

Bereits 2010 wollte Kassel den Titel erringen. Der ging allerdings an Essen

– stellvertretend für das Ruhrgebiet. Der Bewerbungsprozess war in Kassel 2002 gestartet und hatte eine positive Entwicklung in den darauffolgenden Jahren in Gang gesetzt. Im Zuge der ersten Bewerbung gab es viele



Gernot Rönz

positive Impulse in und für Kassel entstanden. „Damals gab es eine breite Unterstützung, die weit über die kulturellen Kreise hinausging“, sagt Gernot Rönz, Sprecher für Kultur, Kunst und Denkmalpflege. Aus seiner Sicht muss die Bewerbung als solche schon als Erfolg angesehen und die Kasseler Bevölkerung dafür begeistert werden.

Die grüne Fraktion hofft nun, dass auch personell die Weichen für einen erfolgreichen Bewerbungsprozess gestellt werden. „Dafür brauchen wir eine Kulturdezernentin oder einen Kulturdezernenten, um die Bewerbung im Magistrat zu verankern“, fordert Rönz. Denn mit dem scheidenden Oberbürgermeister und Kulturdezernenten Bertram Hilgen legt im kommenden Jahr eine treibende Kraft der erneuten Kulturhauptstadt-Bewerbung sein Amt nieder.

NACHGEFRAGT

In der aktuellen Fragestunde ging es der grünen Fraktion unter anderem um den **Frauenanteil in den Aufsichtsräten** städtischer Unternehmen. Awet Tesfaiesus, Sprecherin für Integration und Gleichstellung, hatte bei Stadtkämmerer Christian Geselle nachgefragt. Seine Antwort: Von 134 mit städtischen Vertreter*innen zu besetzenden Posten seien 30 von Frauen besetzt. Das ist weniger als jeder vierte – zu wenig nach grünem Verständnis. Die Quoten stellten sich allerdings unterschiedlich dar: Bei der Gesundheit Nordhessen Holding (GNH) liegt der Frauenanteil

bei 45 Prozent, bei der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GWG) bei 10 Prozent.

Eva Koch, Sprecherin für Mobilität, hakte bei den **Straßenbaumaßnahmen rund um den Kulturbahnhof** nach. Stadtbaurat Christof Nolda erläuterte, dass im Vorfeld des Iwes-Baus die Joseph-Beuys-Straße 2017 saniert und zur Tempo-30-Zone ausgewiesen werde.

Boris Mijatovic, Sprecher für Kinder, Jugend, Familie und Verbraucherschutz, wollte wissen, wie der Magistrat aktuell die illegale **Straßenprostitution im Schillerviertel** einschätzt. Aus Sicht des Magistrats gibt es derzeit keine Probleme. Die Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt seien ausreichend. Im Haushalt 2017 sind außerdem Mittel für sechs weitere Stellen für das Ordnungsamt vorgesehen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.



Awet Tesfaiesus



Eva Koch



Boris Mijatovic

Ökologisch und ökonomisch

Bebauungspläne

Die Stadtverordneten stimmten den Bebauungsplänen für die Wohnbebauung Campus in Wolfsanger sowie das Feldlager in Harleshausen zu.



Steffen Müller

„Wichtig ist uns, dass es bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten geben wird“, macht Steffen Müller, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Grünen, deutlich. Wichtig ist es aus seiner Sicht, den Schwerpunkt auf die Innenentwicklung zu legen und nicht auf weiteren Flächenverbrauch. Die vorhandene Infrastruktur zu nutzen, ist ein Beitrag zum Klimaschutz. „Ein nationales Vorzeigeprojekt für Nachhaltigkeit wie das Baugebiet Zum Feldlager zeigt, dass sich Ökologie und Ökonomie hervorragend vereinen lassen.“ Für Kassel sind in den kommenden Jahren neue Wohnungen für 9000 Menschen geplant.

Fünf Tage länger zu

Geänderte Kita-Satzung

In Abstimmung mit dem Kita-Gesamtelternbeirat sowie den Erzieher*innen bleiben ab dem nächsten Kindergartenjahr die Kasseler Kitas 25 anstatt 20 Tage geschlossen. Der Beschluss der Stadtverordneten entspricht dem Wunsch vieler Eltern. Damit endet der Test, bei dem die Ferienschließung 2013 von vier auf drei Wochen verkürzt worden war.

Die nun reduzierte Betreuungszeit entspricht nicht den grünen Vorstellungen von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch ist es unter den gegebenen Bedingungen eine vertretbare und verantwortungsvolle Entscheidung, denn der aktuelle Personalbestand lässt in einigen Einrichtungen eine anspruchsvolle Betreuung nicht zu. Zusätzliches pädagogisches Personal schlägt im städtischen Haushalt mit 1,955 Millionen Euro zu Buche.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Fraktion
im Rathaus

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel

☎ 0561 7871294, fraktion@gruene-kassel.de

www.gruene-fraktion-kassel.de